

Pressemitteilung

Genf, den 28. September 2001

Genfer Minenzentrum erhält Mandat zur Umsetzung der Konvention gegen Personenminen

Die 120 Vertragsstaaten der Konvention gegen Personenminen haben an ihrem jüngsten Treffen in Managua, Nicaragua (18.-21. September) dem Genfer Minenzentrum (GICHD) ein Mandat zur Unterstützung der Umsetzung der Konvention erteilt. Der Stiftungsrat des GICHD stimmte heute diesem Mandat ebenfalls zu. Damit ist der Weg frei für die neue Rolle des Genfer Zentrums.

Das Genfer Zentrum hat bereits bisher die Expertentreffen und die Institutionen im Rahmen des sogenannten Ottawa-Prozesses unterstützt. Mit dem neuen Mandat wird diese Rolle gestärkt und auf eine klare internationale Grundlage gestellt. Auch Staaten mit bescheidenen eigenen Ressourcen werden nun in der Lage sein, Funktionen im Rahmen des Ottawa-Prozesses zu übernehmen. Damit wird der demokratische Charakter dieses Prozesses weiter ausgeprägt.

Diese neue Rolle des GICHD – einer Stiftung nach schweizerischem Recht – ist eine zeitgemässe Form der Guten Dienste und wird von fast einem Dutzend Staaten mit freiwilligen Beiträgen finanziert. Sie ist eine innovative Alternative zu den oft sehr schwerfälligen und teuren Implementierungs-Agenturen, die im Rahmen internationaler Abkommen geschaffen werden.

Das Schwergewicht der Tätigkeit des Genfer Minenzentrums wird aber weiterhin bei der operationellen Unterstützung von Entminungs-Programmen und in der anwendungsorientierten Forschung bleiben. Mit über sechzig direkt betroffenen Ländern und nach wie vor grossen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung bleibt das Landminenproblem auf Jahre hinaus eines der grössten humanitären Probleme unserer Zeit. Genf entwickelt sich zur eigentlichen Drehscheibe im Kampf gegen Personenminen.

Für weitere Informationen:

Martin Dahinden
Geneva International Centre for Humanitarian Demining
Telephon: 022/906 16 66; Fax: 022/906 16 90
www.gichd.ch